

Klares Signal gegeben



«Es existiert dringender Handlungsbedarf»: Der VU-Abgeordnete Jürgen Beck hofft, dass die Regierung den Worten bald Taten folgen lässt und einen konkreten Vorschlag zur Verbesserung in der ambulanten Pflege vorlegt. Bild Daniel Schwendener

Die Landtagsabgeordneten sind sich einig, dass die häusliche Pflege bessere Unterstützung erhalten soll. Das ist ganz im Sinne der Regierung, die jetzt umgehend reagieren will. Das Betreuungs- und Pflegegeld soll in einem ersten Schritt so rasch als möglich erhöht werden.

Von Desirée Franke-Vogt

Zwar konnte das von der VU vor einem Jahr eingereichte Postulat nicht innerhalb der vorgegebenen Zeit beantwortet werden: Doch es hat sich gelohnt, sich die Zeit zu nehmen. Regierungsrat und Sozialminister Hugo Quaderer präsentierte dem Landtag einen umfassenden, detaillierten und aufschlussreichen Bericht mit einem Bündel von Empfehlungen, die sowohl eine strukturelle wie auch eine

finanzielle Stärkung der häuslichen Pflege bewirken können und erntete dafür grossen Dank und Lob.

Wille zur Veränderung

Zwar kann die Altersversorgung sowohl strukturell wie auch finanziell nicht in kürzester Zeit völlig neu konzipiert werden – doch langfristig wird sie eine Änderung erfahren müssen. Dabei steht vor allem das Selbstbestimmungsrecht von zu pflegenden Personen im Vordergrund, das nur dadurch gestärkt werden kann, wenn die ambulante Pflege der stationären gleichgestellt wird. Das Thema ist komplex, aber nicht unlösbar, wie sich anlässlich der Diskussion zur Postulatsbeantwortung zeigte. Und wie der VU-Abgeordnete Jürgen Beck richtigerweise betonte: «Letztlich ist nur eines wichtig – nämlich dass der Betroffene Unterstützung erhält.» Pflege- und betreuungsbedürftig können nicht nur ältere Menschen werden, es kann

jedem passieren. «Es geht hier also nicht nur um Alterspolitik, es betrifft die Gesellschaft insgesamt», so Beck.

Pflegegeld sofort erhöhen

Die Abgeordneten begrüßten alle Empfehlungen der Regierung, so zum Beispiel, dass eine zentrale Anlaufstelle zur Beratung und Betreuung der Betroffenen eingerichtet werden soll. Einig sind sie sich auch darin, dass ein 24-Stunden-Dienst aufgebaut und zu diesem Zweck bei der Familienhilfe ein Betreuungs-Pool angegliedert werden soll. Und: Das Betreuungs- und Pflegegeld soll als Übergangslösung stark erhöht werden. Und zwar so schnell als möglich. Die Regierung wird nun prüfen, ob dies per Verordnung über das jetzige KVG geschieht oder über das Ergänzungsleistungsgesetz geregelt wird. Ersteres könnte relativ rasch umgesetzt werden, letzteres würde doch einige Monate in Anspruch nehmen. SEITEN 5 - 10 LANDTAG